60 Jahre Novemberrevolution und die Gründung der KPD

Studienmaterial für das 1.Thema
im Bildungsjahr der DKP 78/79

Preis für Nichtmitglieder 0,50 DM

Weiterführende Literatur zum Thema

Wolfgang Ruge
Novemberrevolution
Die Volkserhebung gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus
Ca. 160 Seiten, Abbildungen, Broschur, ca. 3,60 DM

L. Berthold / H. Neef
Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution
Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der obersten Heeresleitung November/Dezember 1918 – Eine Dokumentation, 2. erweiterte Auflage
ca. 400 Seiten, Leinen, Schutzumschlag, ca. 12,50 DM

Rosa Luxemburg
Ausgewählte politische Schriften in drei Bänden
Band 3 – Programm der KPD auf dem Gründungsparteitag u. a. m.
314 Seiten, Taschenbuch, 7,50 DM

Karl Liebknecht
Reden und Aufsätze in zwei Bänden
Band 2 – Die proletarische Jugend in der Revolution u. a. m.
154 Seiten, Taschenbuch, 7,50 DM

Die Novemberrevolution in Deutschland
18 Seiten, Marxistischer Lehrbrief, 1,– DM

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands
14 Seiten, Marxistischer Lehrbrief, 1,– DM

Novemberrevolution 1918 / Gründung der KPD
Marxistische Blätter, Heft 5/1978
ca. 128 Seiten, Paperback, 4,– DM

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt beim Verlag

Verlag Marxistische Blätter GmbH
Heddernheimer Landstraße 78 a
6000 Frankfurt am Main 50

Seminarfragen

1. Aus welchen Gründen brach die Novemberrevolution aus?
2. Warum ist die Gründung der KPD ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung?
3. Welches sind die wichtigsten Lehren der Novemberrevolution, und wie finden sie ihren Niederschlag in der Politik der DKP?

60 Jahre Novemberrevolution und die Gründung der KPD

Novemberrevolution rollte Grundfrage auf

Vor 60 Jahren, in den Novembertagen des Jahres 1918, stürzten Arbeiter und Soldaten in revolutionärem Kampf die Macht der Hohenzollern, beseitigten die Monarchie, erzwangen die Beendigung des Weltkrieges, die Vergrößerung ihrer demokratischen Rechte und die Erfüllung wichtiger sozialer Forderungen. Ihre weitergesteckten Ziele, die Entmachtung von Junkern und Kapitalisten, eine dauerhafte Friedenssicherung und ein sozialistisches Deutschland wurden nicht erreicht.

Die Novemberrevolution schrieb nach dem Bauernkrieg und der 48er Revolution ein neues Blatt der revolutionären Geschichte unseres Volkes. Als erste große antiimperialistische Revolution in einem führenden, hochentwickelten Industrieland nach der siegreichen Oktoberrevolution, vermitteln Verlauf und Ergebnis der Novemberrevolution der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung große Lehren. Die Novemberrevolution rollte jene Grundfrage auf, um die es seit dem Beginn unseres Jahrhunderts und vor allem seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Klassenkampf in Deutschland geht, die Frage der Macht. Werden die Monopolherren mitsamt ihrer volksfeindlichen Militaristen- und Beamtenkaste weiterhin über das werktätige Volk herrschen oder werden auch in Deutschland die Arbeiter und die anderen Werktätigen die Macht in ihre Hände nehmen und damit die feste Garantie für den Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt schaffen – um diese Entscheidung wurde in der Novemberrevolution gerungen. Es ist die Frage, um die seit 60 Jahren in Deutschland die Klassenauseinandersetzung geführt wurde und um die auch letztlich heute der Klassenkampf in der Bundesrepublik geht.

Ursachen und Verlauf der Novemberrevolution

Fritz Fischer – einer der bekanntesten bürgerlich-liberalen Historiker der Bundesrepublik – schreibt, daß „kaum ein Kapitel deutscher Geschichte... bis heute so wenig beachtet (wurde), wie die Novemberrevolution von 1918/19".[1] Diese Feststellung trifft sicher nicht die marxistische Geschichtsforschung, wohl aber die bürgerliche. Diese mangelnde Beschäftigung mit der Novemberrevolution lag und liegt ganz im Interesse der Kräfte des Kapitalismus, die die Novemberrevolution zu einem „Betriebsunfall" der deutschen Geschichte herabmindern möchten, um über die ungelösten Probleme der kapitalistischen Gesellschaft nicht diskutieren zu müssen.

Eine revolutionäre Situation reift heran

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Rußland 1917 war Deutschland das Land, in dem sich die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung am stärksten entwickelten und eine revolutionäre Situation heranreifte. Die Matrosenbewegung des Sommers 1917, der Munitionsarbeiterstreik vom Januar 1918 und die dann nicht mehr abreißenden Aktionen gegen Hunger und Krieg waren deutlich sichtbare Vorzeichen. Der seit 1914 andauernde Krieg hatte zu einer ungeheuren Verelendung der Volksmassen geführt. Rund zwei Millionen Tote waren eine grausige Bilanz. Doch während die Volksmassen für einen

1 Einleitung zu W. Malanowski: „Die Novemberrevolution 1918 – Die Rolle der SPD", Frankfurt am Main/Berlin (West) 1968, S. 5.

Frieden ohne Annektionen demonstrierten, die Reichstagsmehrheit eine Entschließung für den „Verständigungsfrieden" annahm, orientierte die Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff auch 1918 noch auf den „Siegfrieden", der zumindest die Eroberung der französischen Erzgruben, Belgiens und großer Teile Rußlands vorsah. Die deutschen Fürsten stritten darum, wer von ihnen die Königskronen der eroberten Länder tragen sollte. Im Raubfrieden von Brest-Litowsk gegen die junge Sowjetmacht versuchten die Herrschenden Deutschlands, im Osten diese Ziele auch noch 1918 zu verwirklichen.

Kapitalistisches Herrschaftssystem auf der Anklagebank

Unsagbar war der Hunger im Land. Die Lebensmittelrationen waren bei den Grundnahrungsmitteln zum Teil auf weniger als ein Fünftel des Vorkriegsverbrauchs heruntergesetzt und erreichten nicht einmal bei Brot die Hälfte des Vorkriegsstandes. Die Arbeitszeit war erheblich verlängert, mehr als ein Drittel aller Arbeitsplätze mußten durch Frauen besetzt werden. Deutschland war wirtschaftlich ebenso völlig ausgeblutet wie militärisch. Die militärische Niederlage verschärfte die Frage nach dem Warum all der Opfer, die der Krieg den Volksmassen abverlangte. Alle Bemühungen, in Preußen das Dreiklassenwahlrecht abzuschaffen, wurden bis in den Sommer 1918 von den Junkern im Preußischen Landtag verhindert. Das gesamte Herrschaftssystem des Kapitalismus geriet mehr und mehr auf die Anklagebank. Angesichts der wachsenden Volksbewegung versuchten die herrschenden Klassen – Großkapital und Junker – durch Zugeständnisse an die Volksmassen ihr Herrschaftssystem zu reformieren, da es sich als unfähig erwies, in alter Weise weiterzufunktionieren.

Wechsel der politischen Fassade

Das kaiserliche Regime wechselte zunächst seine politische Fassade, Wilhelm II. ernannte zu diesem Zweck im Oktober 1918, und zwar auf Drängen solcher Finanzgewaltigen wie Stinnes, Duisberg und Krupp, den angeblich liberalen Prinzen Max von Baden zum deutschen Reichskanzler. „Kaisertreue" Sozialdemokraten, wie Philipp Scheidemann und Gustav Bauer, traten als kaiserliche Staatssekretäre in die Regierung unter Max von Baden ein. Der taktische Schachzug der herrschenden Oberschicht, durch Umbildung der Regierung vorläufig erst einmal die Monarchie zu retten, gelang nicht. Die versuchte „Revolution von oben" schlug fehl. Die Krise der kaiserlich-kapitalistischen Staatsmacht nahm im Gegenteil noch ein größeres Ausmaß an. Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen prägten das Bild der revolutionären Lage. Forderungen nach Abdankung des Kaisers wurden selbst in der bürgerlichen Presse immer lauter. Soldaten verweigerten den Dienst oder verbündeten sich an der Ostfront mit Rotarmisten. Viele Arbeiter forderten eine radikale Änderung der politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland. Aus dieser gesellschaftlichen Entwicklung, aus den ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüchen des imperialistischen Deutschland, vor allem aus dem Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und dem Monopolkapital entstand eine revolutionäre Situation. Die Novemberrevolution war kein Zufall, sie erwuchs aus den objektiven Widersprüchen der kapitalistischen Entwicklung.

Die Revolution bricht aus

Die Revolution brach sich am 3. November 1918 durch den bewaffneten Matrosenaufstand in Kiel gewaltsam Bahn. Anlaß für den Ausbruch war der Versuch eines gefährlichen Abenteuers der deutschen Seekriegführung. Die Admiralität befahl für den Oktober 1918 den Auslauf der deutschen Flotte zum Kampf auf Leben und Tod gegen die

überlegene englische Marine. Das wäre eine sichere Fahrt in den Tod gewesen. 80000 Matrosen verweigerten aber den Gehorsam. Das wahnwitzige Unternehmen fiel ins Wasser. Mehr als tausend Matrosen wurden als „Meuterer" verhaftet. Der Terror gegen die aufständischen Matrosen stieß auf den Widerstand ganzer Marineeinheiten und endete im bewaffneten Aufstand zu Lande und zu Wasser.

Entstehung der Räte

Es entstanden überall rasch Matrosen- und Soldatenräte. Der Funke der Revolution sprang in Windeseile auf ganz Deutschland über. Schulter an Schulter kämpften in dieser entscheidenden Phase der Geschichte Anhänger der Spartakusgruppe, Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Seite an Seite standen Arbeiter, Landarbeiter, kleine Gewerbetreibende und auch Intellektuelle.

Ein Vollzugsausschuß aus revolutionären Obleuten, Vertretern der Spartakusgruppe und führenden Mitgliedern der USPD tagte am 8. November, erörterte die Lage, beschloß nach eingehender Beratung, am nächsten Tag den bewaffneten Aufstand auszurufen. Zu gleicher Zeit traten sozialdemokratische Führer auf die Bühne des revolutionären Geschehens. Sie wirkten der Revolution entgegen und nahmen die Monarchie in Schutz. An der Spitze dieser sozialdemokratischen Führer stand Friedrich Ebert.

Revolution in Berlin

Die Revolution griff auch auf Berlin über. Diese Hochburg des kaiserlichen Staates fiel am 9. November 1918 in die Hände der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Die Monarchie geriet ins Wanken und brach unter den Schlägen des revolutionären Ansturms zusammen.

„Freie sozialistische Republik Deutschland"

Karl Liebknecht proklamierte vom Balkon des kaiserlichen Schlosses die „Freie Sozialistische Republik Deutschland". Erst danach proklamierte Scheidemann die „Freie Deutsche Republik" vom Reichstagsgebäude aus, um die Führung der SPD nicht aufzugeben. Ebert ließ sich vom letzten kaiserlichen Kanzler, Prinz Max von Baden, die Regierungsgeschäfte übertragen.

Unter dem Druck der Volksmassen bildeten die SPD- und USPD-Führer eine gemeinsame Regierung unter dem Namen „Rat der Volksbeauftragten". Ihr Ziel war jedoch nicht die Stärkung der Macht, die die Arbeiterklasse überall in Deutschland in Form der Arbeiter- und Soldatenräte erkämpft hatte, sondern die schnellstmögliche Ausschreibung von Wahlen zur Nationalversammlung. Karl Liebknecht lehnte die Teilnahme an einer solchen Regierung ab, da seine Bedingungen, die eine sozialistische Republik Deutschland, gestützt auf die Arbeiter- und Soldatenräte verlangten, abgelehnt wurden. Ebert nahm noch am Abend des 10. November Verbindung mit General Gröner von der Obersten Heeresleitung auf, um mit dem Einmarsch zuverlässiger Truppen die Revolution niederzuschlagen.

Mehrheit der Räte für Nationalversammlung

Es gelang den SPD- und rechten USPD-Führern, die Mehrheit der Berliner Räte und auch des Reichsrätekongresses für die Einberufung zur Nationalversammlung zu erhalten. Der entsprechende Beschluß des ersten Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, Mitte Dezem-

ber, leitete den Niedergang der Rätebewegung ein und kennzeichnete eine Wende in der Revolution.

Um über ihre wirklichen Absichten hinwegzutäuschen, versprachen die rechten SPD-Führer u. a. die Sozialisierung der Grundstoffindustrie. An den Litfaßsäulen erschienen zum Beispiel Plakate unter der Losung: „Der Sozialismus marschiert." Eine Sozialisierungskommission unter Mitarbeit Kautskys wurde geschaffen.

Unklarheiten in der Arbeiterbewegung

Die Masse der Arbeiter, Sozialdemokraten, Spartakusleute und Gewerkschafter wollte ehrlich den Sozialismus. Allerdings herrschte der Irrglaube, schon allein mit der Beendigung des Krieges, dem Sturz der Monarchie, der Erringung der Republik und des allgemeinen Wahlrechts, mit der Erkämpfung der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie anderer demokratischer Rechte und Freiheiten die politische Macht bereits fest in Händen zu haben. Viele Teilnehmer an den revolutionären Ereignissen betrachteten aus diesen Gründen die Revolution jetzt als beendet.

Formierung der Gegenrevolution

Unter der Losung „Wahlen zu einer Nationalversammlung" formierte sich die Gegenrevolution. Dabei ging es den herrschenden großkapitalistischen Kreisen selbstverständlich nicht um eine Nationalversammlung, die den Interessen der Arbeiterklasse dienen sollte, sondern darum, die Machtorgane der Arbeiterklasse, die Räte, zu beseitigen und über eine bürgerliche Republik die alten Machtverhältnisse zu retten. Gemeinsam traten Monopolisten, Junker, kaiserliche Generale und sozialdemokratische „Volksbeauftragte" unter der Parole des Kampfes gegen den Bolschewismus, für Demokratie, Nationalversammlung und selbst Sozialisierung auf. Die herrschende Oberschicht entwickelte bei all ihrem Tun in jenen Tagen eine hohe Meisterschaft, das Volk über ihre wahren Absichten zu täuschen, die darin bestanden, ihre Macht sowohl mit Methoden der Gewalt als auch vorübergehender Zugeständnisse zu erhalten und auszubauen.

Im Dezember begann der militärische Angriff auf die Positionen der Arbeiter. Weihnachten 1918 mißlang ein erster Versuch, die Volksmarinedivision zu entwaffnen. Doch rund um Berlin wurden Gardeeinheiten und Freikorps zusammengezogen, um zunächst die revolutionären Kräfte der Hauptstadt militärisch niederzuschlagen. An der Jahreswende wurden die USPD-Volksbeauftragten aus der Regierung entfernt. Die neue Reichsregierung bestand nur aus SPD-Ministern. Noske übernahm den Oberbefehl der Armee, weil „einer der Bluthund sein muß".

Provokation und Gewalt

Provokation und Gewalt bereiteten die Wahlen zur Nationalversammlung vor. Die revolutionären Arbeiter und Soldaten sollten zu unvorbereiteten Aktionen provoziert werden, um sie noch vor den Wahlen militärisch niederschlagen zu können. Dabei stützte sich die Ebert/Scheidemann/Noske-Regierung auf die „Freikorps", die sich in der Hauptsache aus Offizieren und aktiven Unteroffizieren der alten Armee, aus reaktionären Studenten sowie aus kleinbürgerlichen und lumpenproletarischen Elementen rekrutierten. Die neugegründete KPD ließ die kämpfenden Arbeiter in der ihnen aufgezwungenen Auseinandersetzung nicht im Stich. Der konterrevolutionäre Terror wütete. Am 15. Januar 1919 fielen ihm Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Opfer. Von militaristischen Söldnern wurden im Dienst der „Demokratie"

viele revolutionäre Kämpfer ermordet. Terror und Einschüchterung erbrachten in den Wahlen am 19. Januar 1919 eine Mehrheit für die bürgerlich-kapitalistischen Parteien.

Die Wahlen zur Nationalversammlung

Während des ganzen Frühjahrs bewies das revolutionäre Proletariat, daß seine Kampfbereitschaft ungebrochen war, daß es die revolutionären Errungenschaften der Novemberrevolution verteidigen und ausbauen wollte. Doch blieben die Massenaktionen isoliert voneinander und ohne einheitliche Führung. Die Konterrevolution konnte sie so nacheinander in den einzelnen Teilen des Landes blutig niederschlagen. Die Novemberrevolution blieb ihrem Charakter nach eine in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden geführte bürgerlich-demokratische Revolution. Trotz ihrer Niederlage im Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft hatte die Arbeiterklasse einen wichtigen Erfolg errungen. Sie hatte die halbabsolutistische junkerlich-monarchistische Form der kapitalistischen Herrschaft zerschlagen.

Charakter der Novemberrevolution

Die Ergebnisse

Die Revolution erkämpfte die Republik, das allgemeine, gleiche, freie und geheime Wahlrecht, das Frauenwahlrecht, das Verhältniswahlrecht, beseitigte die feudale Gesindeordnung, machte die Gewerkschaften tariffähig, verkündete den gesetzlichen Achtstundentag.

Insgesamt waren damit eine Reihe bürgerlich-demokratische Rechte durchgesetzt, wesentlich besser gewährleistet als vorher. Die Arbeiterklasse hatte sich neue, bessere Kampfbedingungen erkämpft.

Zugleich waren alle weitergehenden Erwartungen niedergeschlagen. Die Republik stützte sich auf die Mörder der Revolution, die Träger der Revolution waren erneut die Verfolgten.

II. Die Gründung der KPD

Der Gründungsparteitag

Mitten in dem Feuer der Novemberrevolution entstand die Kommunistische Partei Deutschlands. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Leo Jogiches, Wilhelm Pieck, Clara Zetkin, die Führer der revolutionären Linken, waren ihre Gründer. Kern der KPD waren die Mitglieder des Spartakusbundes. Am 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 tagte im Festsaal des Abgeordnetenhauses der Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund). Die Delegierten kamen aus 46 Orten Deutschlands. Hinzu kamen später noch die Delegierten der „Internationalen Kommunisten Deutschlands" aus weiteren zehn Orten. Der Parteitag war vom Spartakusbund einberufen worden, der zuvor seine organisatorische Trennung von der USPD und die Bildung einer selbständigen Partei beschlossen hatte. Auf dem Parteitag schlossen sich andere linke Gruppen der KPD an. Die Partei erhielt den Namen Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Wichtigstes Ergebnis der Novemberrevolution

Die Gründung der KPD war das wichtigste Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Entstehen des Marxismus, der Bildung des Bundes der Kommunisten und dem Erscheinen des Kommunistischen Manifests. Die revolutionäre marxistische Entwicklungslinie der deutschen Arbeiterbewegung wurde fortgeführt.

6

Wurzeln des Revisionismus

Die Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus hatte die ideologischen, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen für das Entstehen des Revisionismus in der Arbeiterbewegung geschaffen. Die Monopolprofite ermöglichten die Herausbildung einer Arbeiteraristokratie, gewerkschaftliche Erfolge und Wahlsiege führten zu starkem Einfluß einer immer mehr mit der bestehenden Gesellschaft verbundenen Bürokratie der Arbeiterbewegung. Es entstanden Theorien, die die Notwendigkeit der Beseitigung des Kapitalismus bestritten, weil angeblich alle sozialen Probleme im Rahmen der bestehenden Ordnung gelöst werden könnten. Offen traten in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 stets nur Minderheiten mit revisionistischen Theorien auf. Die Parteiführung betonte in ihren Erklärungen stets die Treue zum revolutionären Marxismus, lehnte aber den Bruch mit den Revisionisten im Interesse der Einheit der Partei und den damit verbundenen Wahlerfolgen ab. So blieben die Worte revolutionär, die Parteipraxis wurde mehr und mehr revisionistisch.

Die Linken in der SPD

Auf der Linken der Sozialdemokratie entstand um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring, Clara Zetkin und viele andere zwar eine klare marxistisch-revolutionäre Gruppe, die vor dem drohenden Krieg warnte und seine Umwandlung in die soziale Revolution forderte, jedoch eine Minderheit in der Partei blieb, weil die unklare Haltung der Parteiführung die offene Auseinandersetzung – das klare Erkennen der Fronten – behinderte. Kriegsausbruch und Verlauf machten dann sehr rasch die wirklichen Gruppierungen deutlich. Die Führung der SPD schwenkte 1914 in das Lager der „Vaterlandsverteidiger" ein. Das „Ja" zu den Kriegskrediten, die Eingliederung in den reaktionären Staat bedeutete den Verzicht der SPD auf eine selbständige Klassenpolitik der Arbeiterklasse. Liebknechts Beispiel der Verweigerung der Kriegskredite 1914, die Sammlung der antimilitaristischen Arbeiterjugend unter seiner Führung, sein mutiges Auftreten am 1. Mai 1916 und die anschließende Verurteilung hatten der antimilitaristischen Bewegung ständig neuen Auftrieb gegeben. So bildete sich die USPD, die von Anfang an eine widersprüchlich zusammengesetzte Organisation war. In wichtigen Massenaktionen, wie bei der Matrosenbewegung des Jahres 1917, warteten aktive Gruppen vergeblich auf die Führung durch die USPD. Ihre Führung übernahm im Grunde die gleiche Rolle wie die SPD-Führung vor dem Weltkrieg: In Worten revolutionär, bei gleichzeitiger Behinderung des notwendigen ideologischen Klärungsprozesses und der Massenaktion.

Die Haltung der Führung der USPD

Der Spartakusbund

Nur die Gruppe der Linken in der deutschen Sozialdemokratie blieb auch während des Krieges den revolutionären Prinzipien treu. Trotz Verfolgung und Verurteilung, Haft, Emigration und Einberufung verstärkte sich ihr Kampf von Jahr zu Jahr. Am 1. Januar 1916 erstand als Kern der Linken die Spartakusgruppe. Die deutschen Linken hatten bereits vor dem 1. Weltkrieg die Organisationsfragen unterschätzt. Sie glaubten – selbst 1914 noch –, die ganze Partei wieder auf revolutionäre Positionen bringen zu können. So blieb die Spartakusgruppe in der SPD und schloß sich später nach dem Ausschluß durch die SPD-Führung der USPD an. Erst nach der Revolution bildete sie sich zum Spartakusbund um und schuf sich eine neue Organisationsstruktur. Bis in den Dezember hinein waren viele der Meinung, zumindest die USPD-Mehrheit für eine revolutionäre Politik gewinnen zu können. Erst als sich die Haltung der Führung der USPD immer entscheidender als Helfer der Rechten erwies, erkannten die Führer des Spartakusbundes die Notwendigkeit der organisatorischen Trennung.

Mit der Gründung der KPD hatte die deutsche Arbeiterklasse wieder eine revolutionäre marxistische Partei, die den Opportunismus aller Schattierungen ablehnte und ihm den Kampf ansagte. Die KPD grenzte sich in ihrer Programmatik nicht nur von der rechten SPD-Führung, sondern auch von der inkonsequenten Haltung in der USPD ab. Sie organisierte die Kräfte, die auf eine konsequente Weiterführung der Revolution zu einer sozialistischen Umwälzung drängten.

Das Programm der KPD

Das Programm der KPD – von Rosa Luxemburg erarbeitet und begründet – forderte die sozialistische Revolution, die Errichtung einer sozialistischen Staatsmacht der Arbeiterklasse, die nur über den Sturz des Militarismus und Imperialismus erreichbar sei. Es charakterisierte den Sozialismus als eine Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist. Das Programm bekannte sich zum proletarischen Internationalismus, zur Sowjetmacht in Rußland und zur Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen Internationale. Der Parteitag sandte ein Grußtelegramm an die Sowjetregierung und protestierte gegen die deutsche Intervention im Baltikum. Schon hier erwies sich das Verhältnis zur Sowjetmacht als Prüfstein für die deutschen Revolutionäre. Die konterrevolutionären Freiwilligenverbände, die unter anderem im Baltikum eingesetzt wurden, bildeten den Kern der Freikorps, mit denen auch die deutsche Revolution niedergeworfen wurde.

Die Bedeutung der Gründung der KPD

Die Bildung der KPD war zugleich von großer internationaler Bedeutung. Sie beschleunigte gleichlaufende Prozesse in anderen Ländern und förderte die Möglichkeit der Schaffung einer neuen kommunistischen Internationale. Lenin schrieb dazu: „Als der deutsche Spartakusbund mit so weltbekannten und weltberühmten, der Arbeiterklasse so treu ergebenen Führern wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Franz Mehring den Namen Kommunistische Partei Deutschlands annahm, da war die Gründung einer wahrhaft proletarischen, wahrhaft revolutionären Dritten Internationale, der Kommunistischen Internationale, Tatsache geworden."

Ganz sicher war die KPD noch keine geschlossene, fest auf der Theorie von Marx, Engels und Lenin stehende Partei. Das konnte auch gar nicht sein, da die Werke Lenins vor der Revolution in Deutschland so gut wie unbekannt waren. Auch die Tatsache, daß Teilnehmer des Gründungsparteitags der KPD später erneut auf opportunistische Positionen übergingen, ändert nichts an der Bedeutung des Parteitages als geschichtlichem Wendepunkt. Das geschichtliche Verdienst des Gründungsparteitages besteht in der Schaffung der eigenständigen revolutionären Kampfpartei der Arbeiterklasse in Deutschland.

III. Lehren der Novemberrevolution und der Gründung der KPD

Unterschiede zwischen Oktober- und Novemberrevolution

Der grundlegende Unterschied in den Ausgangspositionen der Oktoberrevolution in Rußland und der Novemberrevolution in Deutschland besteht im Bewußtseinsgrad und den Organisationsformen der Arbeiterbewegung. Die ganze Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung hat bewiesen, daß Sozialismus, mag er objektiv noch so herangereift sein, ohne die politische Macht der Arbeiterklasse nicht verwirklicht werden kann. Ebenso ist durch die Praxis bewiesen, daß die Ar-

beiterklasse ihre Macht nicht erringen und behaupten kann, ohne eine zielklare, revolutionäre marxistische Kampfpartei, wie sie Lenin in Rußland geschaffen hatte.

Auch in Rußland ging der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die bürgerlich-demokratische Februarrevolution voran. Der Zarismus wurde beseitigt, demokratische Grundrechte radikal verwirklicht und damit für die Arbeiterbewegung die günstigsten Voraussetzungen für die Weiterentwicklung zur sozialistischen Revolution geschaffen. Auch dort waren die Forderungen der Sowjets zunächst vorwiegend auf demokratische und soziale Ziele gerichtet. Auch dort waren die Sowjets zunächst in den Händen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, weil die Bolschewiki erst aus Zuchthäusern, Verbannung und Emigration zurückkehren und die Massen ihre Erfahrungen sammeln mußten. Auch die ersten russischen Sowjets duldeten das Weiterbestehen der alten Staatsmacht, die Doppelherrschaft, auch dort gab es Illusionen, daß mit dem Sturz des Zaren bereits die Aufgaben der Revolution gelöst seien. In all diesen Erscheinungen gibt es 1918 Parallelen in Deutschland. Doch im Unterschied zu Deutschland gab es dort die Partei Lenins, die ideologisch und organisatorisch stark genug war, diese Probleme zu lösen und die Revolution voranzuführen.

Führung der Arbeiterklasse durch revolutionäre Kampfpartei

Die Novemberrevolution lehrt, daß die Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten die Führung durch eine revolutionäre Kampfpartei ist, die sich von den Theorien von Marx, Engels und Lenin leiten läßt. „In seinem Kampf gegen die kollektive Macht der besitzenden Klassen", hatten Karl Marx und Friedrich Engels erklärt, „kann das Proletariat nur dann als Klasse handeln, wenn es sich selbst als besondere politische Partei im Gegensatz zu allen alten, von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien konstituiert. Diese Konstituierung des Proletariats als politische Partei ist unerläßlich, um den Triumph der sozialen Revolution und ihres höchsten Zieles, der Aufhebung der Klassen, zu sichern"[2] (Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 149). „Der Kampf zum Sturz des Imperialismus, für den Sieg von Frieden, Demokratie und Sozialismus, erfordert die Führung der Arbeiterklasse durch eine revolutionäre Partei, die „es sich bewußt zu ihrer Aufgabe macht, dem Proletariat zu helfen, seiner Rolle als Erzieher, Organisator und Führer gerecht zu werden, der Rolle, ohne welchen der Zerfall des Kapitalismus unmöglich ist" (Lenin, Werke, Bd. 31, S. 361).[3] Das mußte eine Partei sein, die eine selbständige proletarische Klassenpolitik verfolgt, die sich unversöhnlich gegenüber der kapitalistischen Gesellschafts- und Staatsordnung sowie gegen alle Einflüsse der bürgerlichen Ideologie verhält und es versteht, eine wissenschaftliche Politik auszuarbeiten und so die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen an den Kampf für die Eroberung der Macht und für deren Festigung heranzuführen.

DKP vertritt Gesamtinteressen der Arbeiterklasse

„Die Lehren des mehr als hundertjährigen Kampfes der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die Erfahrungen der Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik beweisen, daß das werktätige Volk eine revolutionäre Arbeiterpartei braucht, die ihre Tätigkeit und ihre Zielsetzung auf den wissenschaftlichen Sozialismus gründet.

2 Karl Marx / Friedrich Engels: „Resolutionen des allgemeinen Kongresses zu Haag vom 2. bis 7. September 1872", in Werke, Bd. 18, S. 149.

3 W. I. Lenin: „Rede auf der Gesamtrussischen Konferenz der Ausschüsse ...", Werke, Bd. 31, S. 361.

Diese Partei ist in unserem Land die Deutsche Kommunistische Partei... Die Arbeiterklasse verfügt über viele Organisationen. Sie erstreben Teilziele, nehmen sich spezieller Belange von Teilen der Arbeiterklasse an. Die DKP hingegen vertritt die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse. Sie organisiert den Klassenkampf auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet. Sie setzt sich konsequent für die Gegenwartsbelange der arbeitenden Menschen ein und behält stets die weitergesteckten sozialistischen Zukunftsziele der Arbeiterbewegung im Auge" (Programmentwurf der DKP, S. 56).

Grundfrage der Revolution ist die Machtfrage

60 Jahre nach der Oktober- und Novemberrevolution zeigen, daß die Grundfrage einer jeden Revolution die Frage der Macht ist. Die Machtfrage nicht im Sinne der Arbeiterklasse zu lösen, heißt die Konterrevolution auf den Plan rufen, heißt auch, demokratische Errungenschaften in Frage zu stellen. Die Arbeiterklasse erkämpfte in der Novemberrevolution die Beseitigung der Monarchie, die Schaffung einer bürgerlich- demokratischen Republik. An keinem Punkt jedoch hatten die erreichten Ergebnisse den Rahmen der bürgerlichen Ordnung verlassen. Es hatte sich lediglich eine Verschiebung der herrschenden Klassen ergeben. Schon am 11. November hatte Lenin bei einer Information der Volkskommissare im Kreml über die Lage in Deutschland gesagt: „Es scheint, daß im Grunde bei den Deutschen doch der Februar und nicht der Oktober vor sich geht."[4] Da es nicht gelang, die deutsche Revolution über die im ersten Ansturm errungenen Erfolge hinwegzuführen, blieb die Novemberrevolution ihrem Charakter nach eine bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissem Maße mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde. Die Klassenkämpfe während der Novemberrevolution hatten zugleich deutlich gemacht, daß es in Deutschland, einem Land mit einer durch den Einfluß der bürgerlichen Ideologie tief gespaltenen Arbeiterklasse, unmöglich war, in einem Sprung zur politischen Macht des Proletariats zu kommen. Der erste Schritt mußte der Kampf für eine bürgerlich-demokratische Ordnung sein. In der demokratischen, ihrem Wesen nach antiimperialistischen Revolution, mußte es gelingen, alle vom Großbürgertum unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten unter Führung der Arbeiterklasse für den Kampf zur Brechung der Macht der Monopole und zur Errichtung einer Ordnung zu einen, in der die Werktätigen entscheidenen Einfluß auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ausüben.

Die Massen müssen an den Kampf herangeführt werden

Verlauf und Ergebnis der Novemberrevolution zeigen die Notwendigkeit, die Massen in einem längeren Prozeß des antiimperialistischen Kampfes gegen das Großkapital zusammenzuführen, an den Kampf um die Macht heranzuführen. Von diesen Erkenntnissen läßt sich die DKP leiten, wenn es im Programmentwurf heißt: „Der Sozialismus, diese grundlegend neue Gesellschaftsordnung, die auf der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse aufbaut, kann nur das Ergebnis des Wollens und Handelns der Arbeiterklasse, der Volksmassen sein. Er läßt sich nur in einem langwierigen und komplizierten Prozeß, im harten Klassenkampf durchsetzen. Deshalb ist die Politik der DKP darauf gerichtet, die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen vom Kampf um ihre unmittelbaren ökonomischen und politischen Interessen, über das Ringen um grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen an die Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus und an den Kampf um seine Durchsetzung heranzuführen" (Programmentwurf, S. 44).

4 Zit. nach Clara Zetkin: „Erinnerungen an Lenin", S. 21

Die Arbeiterklasse muß die Führung haben

Eine weitere entscheidende Lehre der Novemberrevolution ist, daß alle Grundfragen unseres Volkes unter der Herrschaft des Imperialismus nur unter Führung der Arbeiterklasse gelöst werden können. Zugleich zeigte die Novemberrevolution auch, daß die Arbeiterklasse ihre Aufgaben nicht lösen kann, wenn der Einfluß der bürgerlichen Ideologie nicht konsequent bekämpft wird. Die Begeisterung über den raschen Sieg der Revolution, der jahrelang herrschende Revisionismus mit der unklaren Haltung zur Staatsmacht in der Arbeiterbewegung, parlamentarische Illusionen und so weiter führten dazu, daß die rechten SPD-Führer ihren Einfluß in der Arbeiterklasse ausbauen konnten. Während in Wirklichkeit die rechten SPD- Führer mit der Bewilligung der Kriegskredite auf die Positionen des Imperialismus übergegangen und damit die Arbeiterbewegung gespalten hatten, traten sie in der Novemberrevolution als Kämpfer für die Einheit der Arbeiter auf. Sie stempelten die Linken als Spalter, die ja gerade die Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage wiederherstellen wollten. Viele Arbeiter haßten den Streit, hielten den Anlaß für die Spaltung (Kriegskredite) nun für überwunden und glaubten an die Möglichkeit einer erneuten Einheit. Hier wirkte sich verhängnisvoll aus, daß die Linken bis dahin nie auf einer konsequenten, auch organisatorischen Trennung vom Opportunismus bestanden hatten. Das war der wesentliche Unterschied zu Rußland. Die Bekämpfung des Opportunismus, des Antikommunismus und Nationalismus ist Voraussetzung für die Schaffung des einheitlichen Handelns der Klasse unter Führung einer revolutionären Partei.

Opportunismus, Antikommunismus und Nationalismus müssen bekämpft werden

Dieser Erfahrung trägt die DKP in ihrem Programmentwurf Rechnung: „Die DKP läßt sich stets von der Erfahrung leiten, daß das wichtigste Unterpfand für den Erfolg der Arbeiterklasse im einigen Handeln, in der Aktionseinheit liegt. Das Ringen um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist ein Kernstück der Politik der DKP. ... Im Ringen um die Aktionseinheit mißt die DKP dem gemeinsamen Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten entscheidende Bedeutung bei. Sie repräsentieren die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. Die DKP erstrebt ein vertrauensvolles, kameradschaftliches Verhältnis zu den Mitgliedern, Anhängern und Organisationen der Sozialdemokratie. Sie tritt, geleitet von den Interessen der Arbeiterklasse, für die Zusammenarbeit mit der SPD ein.

Die DKP übersieht nicht die Schwierigkeiten, die dem Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten entgegenstehen. Das Haupthindernis liegt in der Politik und Ideologie der rechtssozialdemokratischen Führer, die das kapitalistische System verteidigen, die Interessen der Arbeiter denen des Großkapitals unterordnen, mit ihrem Antikommunismus die Spaltung der Arbeiterklasse vertiefen und mit administrativen Mitteln Sozialdemokraten am gemeinsamen Handeln mit Kommunisten hindern" (Programmentwurf, S. 49/50).[5]

Im Interesse der Einheit der Arbeiterklasse verteidigt die DKP „den wissenschaftlichen Sozialismus gegen alle Spielarten der bürgerlichen Ideologie. Sie bekämpft den Rechtsopportunismus, dessen Zweck es ist, die Arbeiterklasse geistig zu entwaffnen und sie dem Monopolkapital politisch unterzuordnen. Ebenso bekämpft sie den Linksopportu-

5 Zit. nach Herbert Mies.

nismus sowie das pseudorevolutionäre Abenteurertum und die arbeiterfeindliche Spaltertätigkeit maoistischer, trotzkistischer und anarchistischer Gruppen" (Programmentwurf S. 56/57).

Die Arbeiterklasse braucht Bündnispartner

Eine weitere Lehre der Novemberrevolution ist, daß die Arbeiterklasse zum erfolgreichen Kampf das Bündnis mit den anderen vom Monpolkapital abhängigen, unterdrückten oder ausgebeuteten Klassen und Schichten braucht. Die Novemberrevolution ist auch ein Beispiel für die hemmungslose Demagogie der reaktionären Kräfte, wenn es darum geht, die eigene Macht zu erhalten und auszubauen. Diese Demagogie ist damals bei großen Teilen der Bauern und des Mittelstandes nicht ohne Wirkung geblieben, wie zum Beispiel der Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung zeigt. Die DKP beherzigt diese Lehren und „unterstützt die berechtigten Forderungen der Bauern, der Intelligenz sowie der gewerblichen Mittelschichten. Ihre Anliegen können am besten an der Seite der Arbeiterklasse vertreten werden. Die DKP ist stets darum bemüht, in der Arbeiterklasse die Überzeugung zu stärken, daß die Bauern, die Geistesschaffenden und die anderen werktätigen Volksschichten Verbündete im Kampf gegen das Großkapital sind, Partner der Arbeiterklasse in einem breiten antimonopolistischen Bündnis, das für die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts in der Bunderepublik unerläßlich ist" (Programmentwurf S. 53).

Freundschaft zur Sowjetunion ist notwendig

Zu den wichtigsten Lehren des November zählt schließlich, daß eine fortschrittliche Bewegung keine Chance hat, wenn sie sich in Gegensatz bringen läßt zum Land der Oktoberrevolution. 1918 war die Trennung der deutschen Revolution von der Oktoberrevolution das erste gemeinsame Ziel aller Kräfte der Konterrevolution. Auf Veranlassung der SPD-Führer war eine der letzten Maßnahmen der kaiserlichen Regierung am 5. November 1918 die Ausweisung der Sowjetbotschaft aus Berlin. Die Reaktion erkannte die Notwendigkeit, jegliche Kontakte zur siegreichen russischen Arbeiterklasse zu unterbrechen. Um so notwendiger war für die deutschen Revolutionäre, mit dem russischen Proletariat Kontakt zu halten, von seinem Sieg zu lernen. „Die Macht und die internationalistische Politik der Sowjetunion – das ist heute mehr denn je der Hauptfaktor für die Festigung des Friedens, das Vorankommen des gesellschaftlichen Fortschritts, die Entfaltung des revolutionären Weltprozesses. Die feste Verbundenheit mit der Sowjetunion und der KPdSU liegt daher im Interesse aller fortschrittlichen Kräfte. Diese – gerade auch durch die Geschichte unseres Volkes bestätigte – Erfahrung veranlaßt die DKP, ihre brüderlichen Beziehungen zur KPdSU, der stärksten und erfahrensten Abteilung der kommunistischen Weltbewegung, immer weiter zu entwickeln" (Programmentwurf, S. 60).

DKP steht in der Tradition der Novemberrevolution

„Die DKP wahrt das progressive Erbe des deutschen Volkes, die vorwärtsweisenden Ideen seiner großen humanistischen Denker, die Traditionen seines Kampfes für gesellschaftlichen Fortschritt. Sie steht in der Tradition des deutschen Bauernkrieges, der revolutionären bürgerlichen Demokraten von 1848/49, der Arbeiter, Soldaten und Matrosen der Novemberrevolution von 1918" (Programmentwurf, S. 5).

„Die DKP hat das Vermächtnis der hervorragenden Führer und Lehrer der deutschen Arbeiterbewegung übernommen. Sie wirkt im Geiste von August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Franz Mehring, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Max Reimann. In die Politik der DKP sind die Erfahrungen und Lehren des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte der Bundesrepublik der Gegen-

wart eingegangen. Sie wird auch künftig in sich alle Erkenntnisse aufnehmen, die sich aus den Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Fortschritt und Reaktion – in unserem Land wie auch in anderen Ländern – ergeben. So ist die DKP eine ständig lernende, mit dem Leben verbundene, schöpferisch handelnde Partei" (Programmentwurf, S. 57).

„Die noch lebenden Mitbegründer der KPD sind in der DKP organisiert. In den Reihen der DKP stehen die Kämpfer des antifaschistischen Widerstandes, die Kämpfer der Internationalen Brigaden, die auf Spaniens blutgetränkter Erde die Freiheit verteidigten. In den Reihen der DKP kämpfen die Frauen und Männer der ersten Stunde, die nach 1945 für eine demokratische, antifaschistische Entwicklung unseres Landes eintraten, die an der Erarbeitung der demokratischen Prinzipien der Länderverfassungen und des Grundgesetzes der Bundesrepublik mitwirkten. „Sechs Jahrzehnte wechselvoller Geschichte haben in Erfolgen und Niederlagen bewiesen: Die Kommunisten haben stets gegen die Verderber des Volkes gekämpft. Gegen das Großkapital, gegen den Faschismus, gegen die Reaktion. Kommunisten brachten für die Freiheit unseres Volkes große Opfer. Sie kämpften nach 1945 gegen die Wiederherstellung der alten Macht- und Besitzverhältnisse. Sie konnten weder durch das Adenauersche KPD-Verbot, das im Interesse aller Demokraten aufgehoben werden muß, noch durch die heutigen Berufsverbote davon abgehalten werden, sich konsequent für den sozialen und demokratischen Fortschritt, für den Frieden und die Abrüstung einzusetzen." (Für eine starke DKP. Aufruf des Parteivorstands der DKP zum 60. Jahrestag der Gründung der KPD und zum 10. Jahrestag der Konstituierung der DKP.)

Die Aneignung der Erfahrungen der Geschichte wie auch die Aufarbeitung unserer eigenen Erkenntnisse haben in dem Programmentwurf unserer Partei ihren Niederschlag gefunden.

Die Bedeutung revolutionärer Traditionen

Das Bekenntnis der DKP zu den revolutionären Traditionen der deutschen kommunistischen und Arbeiterbewegung ist kein Traditionalismus, der am Überlieferten, am Herkömmlichen hängt und die Traditionen gegenüber dem Neuen in der Politik und Praxis einer kommunistischen Partei überbewertet. Für uns ist das Ja zu den revolutionären Traditionen ein unverzichtbares Prinzip. Zugleich wird unser Verhältnis zu den revolutionären Traditionen von einer schöpferischen und kritischen Einstellung zu den überlieferten Leistungen und Kampferfahrungen bestimmt. Diese Leistungen und Kampferfahrungen werden den neuen Bedingungen entsprechend aufgearbeitet und konkret angewandt. Die Bewahrung und schöpferische Erarbeitung der Traditionen der Arbeiterbewegung ist heute wie eh und je ein wichtiges Grunderfordernis für die politische und ideologische Auseinandersetzung, für die Weiterentwicklung und Festigung der kommunistischen Partei, für die Erziehung der neuen Parteigenerationen zu Kommunisten.

„Unermeßlich sind die Kräfte, die uns aus der Erinnerung an stolze und gehobene Momente und Tatsachen unserer Vergangenheit zuströmen", schrieb Ernst Thälmann während der Haft im faschistischen Kerker. Wir halten es mit diesem Wort Thälmanns, der auch sagte: „Jubiläen sind für die Kommunisten und den klassenbewußten Teil des Proletariats nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinien für den Klassenkampf, Leitfäden für die Aktionen."[5]

5 Zit. nach Herbert Mies: „Dem revolutionären Erbe verbunden", Düsseldorf 1974, S. 19/20.

Arbeiter- und Soldatenrat:

Nach dem Vorbild der Februarrevolution und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland entstanden auch in Deutschland erstmalig in den Aprilstreiks 1917 und im Januarstreik 1918 Arbeiterräte zur Führung des Kampfes. Die Spartakus-Gruppe forderte die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in allen Städten, Orten und Truppenteilen. Zu Beginn der Novemberrevolution 1918 bildeten sich überall Arbeiter- und Soldatenräte als Organe zur Führung des revolutionären Kampfes, für den sofortigen Frieden, für die Beseitigung des Kriegsregimes, des Militarismus und der Monarchie, für die sozialistische Umgestaltung Deutschlands.

3-Klassen-Wahlrecht:

Ungleiches, indirektes und öffentliches Wahlsystem, nach dem die Wähler jedes Wahlbezirks entsprechend der Höhe der von ihnen gezahlten direkten Steuern in drei Wahlklassen eingeteilt wurden, von denen jede die gleiche Anzahl Wahlmänner wählte, die in einem zweiten Wahlgang die Abgeordneten wählten. Von den stimmberechtigten Urwählern in Preußen gehörten 1908 3,8 Prozent in die erste, 13,9 Prozent in die zweite und 82,3 Prozent in die dritte Wahlklasse. In manchen Stimmbezirken gab es in der ersten Klasse nur ein oder zwei Wähler; sie hatten das gleiche Stimmengewicht wie mehrere hundert Wähler der dritten Klasse.

Junker:

Angehörige jener „Fraktion" der Großgrundbesitzer, die in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht in ganz besonderem Maße die historische Reaktion in Deutschland verkörperte. Ursprünglich wurde unter Junker der junge Adelige im allgemeinen verstanden; seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts jedoch benutzten Politiker und Publizisten vor allem aus den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Demokratie die Bezeichnung Junker und Junkertum, um damit die politische Borniertheit und Arroganz, das konservative Denken und Handeln der Großgrundbesitzer, namentlich der ostelbischer Herkunft (Preußen und Mecklenburg), zu charakterisieren.

Opportunismus:

Bürgerliche bzw. kleinbürgerliche Strömung in der Arbeiterbewegung; der Opportunismus leugnet die Notwendigkeit des Klassenkampfes, die revolutionäre Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unter Führung der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit der politischen Machtergreifung durch das Proletariat. Die politische Hauptfunktion des Opportunismus ist die Spaltung der Arbeiterbewegung und die politisch-ideologische Bindung von Teilen der Arbeiterklasse an das kapitalistische System.

Revisionismus:

Der Revisionismus fordert eine Korrektur und Überprüfung der theoretischen und politischen Grundlagen des Marxismus mit dem Ziel, den revolutionären Inhalt des Marxismus zu beseitigen und durch bürgerliche Theorien zu ersetzen. Das Wachstum des Marxismus, die Verbreitung der marxistischen Ideen in der internationalen Arbeiterbewegung zwang die Gegner des Sozialismus, vom Boden des Marxismus die marxistischen Ideen zu bekämpfen. Der geistige Vater des Revisionismus ist Eduard Bernstein.

Spartakus:

Seit Anfang 1916 verbreitete Bezeichnung für die Gruppe „Internationale", die als Spartakus-Gruppe eine höhere Etappe ihrer Entwicklung erreichte und zur größten und einflußreichsten Gruppe in der deutschen proletarischen Antikriegsbewegung während des 1. Weltkriegs wurde. Infolge von Unklarheiten über die Notwendigkeit einer selbständigen marxistischen Kampfpartei schloß sich die Spartakus-Gruppe im April 1917, wenn auch unter Wahrung ihrer politisch-ideologischen und organisatorischen Selbständigkeit, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Unter dem Einfluß der Spartakus-Gruppe, die eine umfangreiche illegale propagandistische Arbeit leistete und deren Losungen die anderen linken Gruppen in der Arbeiterbewegung aufgriffen und weiterverbreiteten, standen die bedeutendsten politischen Streikkämpfe der deutschen Arbeiterklasse während des 1. Weltkrieges. Während der Novemberrevolution 1918 war die Spartakus-Gruppe die vorwärtstreibende Kraft. Auf einer Beratung führender Vertreter der Spartakus-Gruppe am 11. November 1918 in Berlin konstituierte sich die Spartakus-Gruppe zum Spartakusbund. Der Spartakusbund war jedoch noch keine Partei, sondern zunächst eine geschlossene Propagandavereinigung innerhalb der USPD. Am 14. Dezember 1918 wurde in der „Roten Fahne" das von Rosa Luxemburg verfaßte Programm des Spartakusbundes veröffentlicht. In den Reihen des Spartakusbundes setzte sich zunehmend die Erkenntnis durch, daß die endgültige Trennung von der USPD und die Schaffung einer marxistischen Kampfpartei zur dringlichsten Aufgabe geworden war. Am 29. Dezember 1918 wurde eine Reichskonferenz des Spartakusbundes nach Berlin einberufen, auf deren Tagesordnung u. a. die Stellungnahme zur Krise in der USPD und zum Programm des Spartakusbundes standen. Die Konferenz beschloß die Trennung von der USPD und die Gründung der KPD.

USPD:

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, gegründet auf dem Gründungsparteitag im April 1917. Ursache der Gründung der USPD war die Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland während des 1. Weltkrieges, besonders unter dem Einfluß der Februarrevolution 1917 in Rußland, die sich u. a. in wachsender Empörung in den Reihen der Sozialdemokraten über die Unterstützung des imperialistischen Krieges durch den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausdrückte. Die Zusammensetzung der USPD war politisch sehr unterschiedlich. Neben revolutionären Arbeitern

gehörten zu ihr auch Sozialdemokraten wie Karl Kautsky und Eduard Bernstein. Ein großer Teil der Arbeiterklasse wurde durch die scheinradikalen Phrasen und die demagogische Politik der Führung der USPD getäuscht und sah in der USPD die neue revolutionäre Partei. Die Führung der USPD beschränkte sich im wesentlichen auf die Ablehnung der Kriegskredite im Reichstag. Sie stellte sich antiimperialistischen Massenaktionen entgegen und hemmte die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Deutschland. Im Gegensatz zur Führung entwickelte sich ein starker revolutionärer Flügel der Partei, der für Massenaktionen gegen den imperialistischen Krieg eintrat. Zahlreiche linke Mitglieder der USPD kämpften gemeinsam mit den Spartakus-Anhängern in Massenaktionen gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung des jungen Sowjetstaates. Nach Ausbruch der Novemberrevolution kämpften die linken Kräfte der USPD gemeinsam mit dem Spartakusbund konsequent für den Sieg der Revolution. Die Führung der USPD folgte dagegen in allen wichtigen Fragen der rechten Führung der SPD. Unter dem Einfluß der allgemeinen Linksentwicklung in der deutschen Arbeiterklasse nach der Novemberrevolution erstarkte auch der linke Flügel der USPD. Später beschleunigten der gemeinsame Kampf der deutschen Arbeiterklasse zur Abwehr des Kapp-Putsches und die Lehren aus diesem Kampf die Annäherung des linken Flügels der USPD an die KPD. Der Hallenser Parteitag der USPD 1920 beschloß mit 237 gegen 156 Stimmen die Vereinigung mit der KPD.

Volksmarinedivision:

Am 11. November 1918 in Berlin gegründete revolutionäre proletarische Matroseneinheit. Der Ende November 1918 3200 Mann starke Verband stand während der konterrevolutionären Anschläge im November und Dezember 1918 an der Seite des Berliner Proletariats. Anfang 1919 wurden Hunderte von Matrosen aus Berlin versetzt und der verbleibende Teil der Volksmarinedivision in die republikanische Soldatenwehr eingegliedert. Viele der Matrosen blieben gegen den Willen der Regierung in Berlin und kämpften im Januar und März 1919 an der Seite der Arbeiter. Nach den Märzkämpfen 1919 wurde die Volksmarinedivision aufgelöst. Viele ihrer Angehörigen wurden von der Konterrevolution ermordet.

Rat der Volksbeauftragten:

Provisorische Regierung Deutschlands vom 10. November 1918 bis 10. Februar 1919; bürgerliche Regierung, die die Macht der deutschen Imperialisten und Militaristen vor dem Ansturm der Volksmassen in der Novemberrevolution 1918 rettete. Der Rat der Volksbeauftragten wurde am 10. November von der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zuvor vereinbarten Zusammensetzung bestätigt. Formell unterstand der Rat der Volksbeauftragten bis zum Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands (16. bis 21. Dezember 1918) dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, danach unterstand er dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik; der Rat der Volksbeauftragten

akzeptierte jedoch beide nur als beratende Organe und erfüllte den am 10. November erhaltenen Auftrag nicht. Am 11. November beauftragte der Rat der Volksbeauftragten die vormals kaiserlichen Staatssekretäre und Chefs der Reichsbehörden mit der Weiterführung der Amtsgeschäfte. Das am 12. November verkündete Regierungsprogramm des Rats der Volksbeauftragten ging nicht über Reformen im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung hinaus. Nach der vorbereiteten Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 legte der Rat am 10. Februar 1919 seine Macht in die Hände der Nationalversammlung.

Marxistische Arbeiterbildung

MAB

Grundwissen Marxismus

45 Seminarpläne (Studieneinführungen) für Zirkel, MASCH und Selbststudium des Marxismus, **DIN-A 4-Loseblattsammlung in Ringbuchmappe, 670 Seiten** · Geschichte der Arbeiterbewegung · Marxistische Philosophie · Politische Ökonomie des Kapitalismus · Wissenschaftlicher Sozialismus · **Schutzgebühr:** 22,– DM; bei **Sammelbestellung** ab 3 Exemplare je 20,– DM, ab 5 Exemplare je 18,50 DM, ab 10 Exemplare je 16,50 DM; jeweils zuzüglich Porto. **Bestellung** an MAB, Gathe 55–57, 5600 Wuppertal 1

Novemberrevolution 1918/ Gründung der KPD

Marxistische Blätter – Heft 5/1978

mit Beiträgen zu:

- Aktuelle Lehren der Novemberrevolution
- Wesen und Verlauf der Novemberrevolution
- Die Gründung der KPD
- Wie entstand die Weimarer Republik, und wie ging sie zugrunde?
- Herausbildung der KPD zu einer revolutionären Massenpartei
- Der proletarische Internationalismus der KPD
- Faschismus gestern – Neofaschismus heute
- Novemberrevolution in der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung
- Sozialdemokratie und faschistische Machtergreifung
- DKP und die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung
- Chronik der Novemberrevolution
- Dokumente

ca. 128 Seiten, Paperback, 4,– DM

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt beim Verlag!

Verlag Marxistische Blätter GmbH
Heddernheimer Landstraße 78a
6000 Frankfurt am Main 50

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Beruf

Unterschrift Datum

Ich bestelle die UZ unsere zeit Zeitung der DKP
☐ als TAGESZEITUNG für mind. 3 Monate
Abonnement monatl. 6,– DM

Ich bestelle die UZ unsere zeit Zeitung der DKP
☐ als WOCHENENDAUSGABE für mind. 1 Jahr
Abonnement wöchtl. 1,50 DM

Kündigung 6 Wochen vor Quartalsende

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH
Postfach 920
4040 Neuss

Herausgeber: Parteivorstand der DKP, Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf,
Verantwortlich für den Inhalt: Gerd Humbach · Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss